

## **Stellplatzpflicht für Neubauten außerhalb des Ring 2 wieder einführen!**

Die Stellplatzpflicht ist ein Thema, was einen Spagat zwischen Wohnungsbau und Verkehrspolitik macht.

Der SPD-Senat hat sich in der vergangenen Legislatur für die Abschaffung der Stellplatzpflicht entschieden. Die Begründung und das Ziel der Abschaffung war, eine „wesentliche Erleichterung für den Wohnungsbau zu schaffen“, so Bausenatorin Jutta Blankau. Bis dahin galt, dass pro gebauter Wohnung 0,8 Parkplätze zu errichten waren. Schon vor der Abschaffung waren diese 0,8 Parkplätze in der Regel nicht ausreichend.

Die Argumentation, dass der Markt das schon regelt, weil Wohnungen mit Parkplätzen attraktiver seien als solche ohne. Ein für die CDU durchaus nachvollziehbarer Gedanke der Subsidiarität. Nur leider funktioniert dies an dieser Stelle nicht. Denn der Markt regelt hier zuerst auf die bequeme Art des Ausweichens.

Stand heute ist:

- Wohn- und Nebenstraßen werden zugeparkt, verstärkt durch die Pendler, die aufgrund der P+R-Gebühren die Parkhäuser an den Schnellbahnhaltstellen nicht mehr nutzen
- Pro Jahr steigt die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge in Hamburg um 5%
- Es gibt einen immer größeren Bedarf an Parkplätzen

Der SPD-Senat hat durch die Abschaffung der Stellplatzpflicht also zusätzliche Verkehrsprobleme geschaffen.

Fakt ist auch:

1. Die Dichte der Stadtteile ist unterschiedlich
2. Die Anzahl an Fahrzeugen variiert zwischen Innenstadt und weiter außerhalb gelegenen Stadtteilen
3. Dem Haushalt fehlen jährlich drei Mio. € aus der Stellplatzabgabe, die für den Bau von P+R-Anlagen genutzt wurden, pro Parkplatz lag die Abgabe zwischen 6.000 – 10.000 €



Fraktion in der  
Bezirksversammlung **Wandsbek**

Unser Fazit und Kompromissvorschlag aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre lautet deshalb :

Führen wir die Stellplatzpflicht außerhalb des dicht besiedelten Innenstadtgebiets innerhalb des Ring 2 wieder ein und legen sie auf einen Parkplatz pro Wohneinheit fest. Denn wenn es um jeden Euro geht bei der so oft zitierten Schuldenbremse, können wir auf diese Einnahmen bzw. die Parkplätze nicht verzichten. Wir bräuchten die unnötigen P+R-Gebühren nicht und könnten sie abschaffen. Dadurch würden wir allen Belangen gleichermaßen gerecht, die Stellplatzpflicht würde dort nicht zum Tragen kommen, wo Stadtteile so dicht besiedelt sind, dass schon zuvor der Nachweis und Bau von zusätzlichen Parkplätzen kaum möglich war, aber das Wildparken und Verkehrschaos in den Straßen vermeiden.